

Bezugspreis:

Stückpreis 7,50 M., monatlich 2,20 M., ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich ...

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokratischer Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 13. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.

Anzeigenpreis:

Die abendliche Sonntagsausgabe ...

Erklärungen des Reichspräsidenten.

Die Arbeiter können Deutschland retten!

Von Friedrich Ebert.

In einer Unterredung mit einem Mitglied unserer Redaktion ...

Auch in einer so furchtbaren Situation wie der, in der sich unser Volk jetzt befindet, ist es die Pflicht seiner beauftragten Vertreter, einen klaren Kopf und ruhige Nerven zu behalten.

Die Welt braucht Frieden, nicht nur wir, auch unsere Gegner brauchen ihn. Wir wollen den Frieden ehrlich und aufrichtig, und gerade darum müssen wir uns bis auf äußerste zur Wehr setzen gegen die Schaffung eines Zustandes, der kein Frieden, sondern nur die trügerische Vorprägung eines solchen ist.

Vor allem aber ist es notwendig, daß mit uns sachlich verhandelt wird. Ich bin ein alter Gewerkschafter und darum immer geneigt, Bilder aus der gewerkschaftlichen Praxis zu nehmen.

Man wird dagegen einwenden, daß das Friedensbedürfnis der Welt eine rasche Lösung erfordert und daß durch Verhandlungen Zeit verloren wird.

Kein Mensch kann aber glauben, daß es möglich sei, die Ruhe Europas dadurch wiederherzustellen, daß man den Versuch macht, uns die Bedingungen der Gegenseite aufzuzwingen.

Gewalt kann nur eins: zu Grunde richten. Würde man den Versuch machen, die Friedensbedingungen der Entente durchzuführen, so würde Deutschland durch Sterblichkeit und Abwanderung in kürzester Zeit ein dünnbesetztes Agrarland werden.

Solange nur ein Rest von Hoffnung bleibt, daß die Vernunft der Völker siegen wird, werden wir kein letztes Wort sprechen.

Sagen: Ich habe stets auf dem Standpunkt gestanden, daß man halten soll, was man versprochen hat, und daß man nichts versprechen soll, was man nicht halten kann.

Heute hoffe ich noch, daß man nicht versuchen wird, dem deutschen Volk eine Zustimmung abzupressen, die nichts anderes sein könnte, als eine aus der Verzweiflung geborene Lüge.

Gewiß, wir sind in einer furchtbaren Lage, aber, mit verloren, alles verloren. Wir müssen alles tun, um für die kommende schwere Zeit die Geschlossenheit unseres Volkes zu erhalten.

An Amerikas Demokratie.

Berlin, 12. Mai. Der Reichspräsident Ebert gewährte gestern dem Vertreter der „Associated Press“ eine Unterredung.

Die Kundgebung, die ich hiermit durch Sie an die amerikanische Öffentlichkeit richte, bedeutet die moralische Kriegserklärung des neuen Deutschland an das ganze überausfortschrittliche System der alten internationalen Politik.

Das Ausbleiben eines sofortigen elementaren Ausbruches allgemeiner Empörung im ganzen deutschen Volke ist das charakteristischste Zeichen für die Wirkung, welche die Bekanntheit der Friedensbedingungen ausgeübt hat.

Der Entwurf, den man uns vorgelegt hat, wirkt zugleich entsetzenerregend und abstoßend. Er bedeutet nicht nur eine Verdrängung, sondern sogar eine vollständige Negierung des vom Präsidenten Wilson aufgestellten Friedensprogramms.

Auf die Note des Präsidenten antwortete Wilson am 27. August 1917: „Der Friede ist nicht gesichert, wenn er sich gründet auf politische oder wirtschaftliche Beschränkungen.“

An der Volkshaus an den Konrad vom 4. Dezember 1917 sagt Wilson: „Das entscheidende Unrecht, das in diesem Kriege begangen worden ist, darf nicht dadurch gutgemacht werden, daß gegen Deutschland und seine Verbündeten ähnliches Unrecht begangen wird.“

In dem Kulturkampf, dessen Schauplatz der deutsche Osten ist, können Amerika und sein Präsident nicht die Geschichte einer schaffenden staatlichen und wirtschaftlichen Arbeit von fünf Jahrhunderten rückgängig machen.

Noch wünschen und hoffen ich und alle, die heute die furchtbare Last der Verantwortlichkeit für die zu treffende Entscheidung auf sich nehmen müssen, daß diejenigen, die unbeeinträchtigt immer noch ihre Hoffnungen auf Wilson und Amerika setzen, sich nicht betrogen sehen.

Die französische Antwortnote fertiggestellt.

Paris, 12. Mai. „Le Temps“ meldet: Der Vizepräsident legte heute vormittag den Wortlaut der Antwortnote fest, welche namens der Konferenz als Antwort auf die beiden letzten Noten der deutschen Delegation an Graf Brockdorff-Rantzau gerichtet werden sollen.

Laue Haltung der französischen Sozialisten.

Spekulation auf Unterzeichnung durch Haase.

Paris, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die gestrige Protestversammlung des Scheinbundes gegen den Friedensvertrag zeigte neuerdings die absolute Machtlosigkeit der französischen Sozialisten.

Die Organe von Compère Morel und Baranne, die Zeitschriften „Politique“ und „France libre“, sind beide zu Frieden. „Bataille“, die am Sonnabend noch den Vertrag verteidigte, regt sich zwar noch immer sehr über zwei Teile von der Demonstration am 1. Mai her auf.

Das Blatt, in dem die Sozialisten Sembat, Aubriot und andere täglich Artikel schreiben, „L'heure“, findet sogar im Schicksal des deutschen Volkes Anlaß zu böhmischen Bemerkungen.

Das ist die Hilfe der westlichen Demokraten, auf die die Unabhängigen ihre ganze Theorie stützen, daß der Ausgang des Krieges die deutsche Arbeiterklasse nicht interessieren wird.

Abreise der Friedensdelegation von Wien.

Eine Ansprache Dr. Renner's.

Wien, 12. Mai. Corrbureau. Die deutschösterreichische Friedensdelegation ist unter Führung des Staatskanzlers Dr. Renner abgereist. Am Bahnhof hatten sich sämtliche Staatssekretäre, Unterstaatssekretäre und Mitglieder der fremden Missionen, darunter der französische Gesandte Allige, eingefunden. Auf eine Ansprache des Redakteurs Dr. Rosenfeld, der den Staatskanzler im Namen der Wiener Presse begrüßte, und die Forderung auf einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen ausdrückte, erwiderte der Staatskanzler, er werde versuchen, das Mögliche zu erreichen. Wir müssen aber, sagte er, bedenken, daß wir als unterlegener Staat nicht allzu große Hoffnungen hegen dürfen. Als der Zug sich in Bewegung setzte, verlangten stürmische Ovationen und der Ruf: „Bringen Sie einen guten Frieden mit! Wir wollen Deutsche sein und bleiben. Wir wollen den Anschluß an das Deutsche Reich!“

Der österreichische Friedensvertrag vor dem Abschluß.

Die Stellung Südtirols.

Paris, 12. Mai. Neuter. Der österreichische Friedensvertrag nähert sich seinem Abschluß. Die Klausel über die Verantwortlichkeiten ist mit dem deutschen Vertrag identisch, unterläßt aber jede Erwähnung des Kaisers. Die Klausel sieht die Einsetzung von Verfahren gegen „militärische Verbrechen“ vor einem internationalen Kriegsgericht vor. Die verlaute, wird Südtirol, obwohl es eine deutschsprachige Bevölkerung hat, in die italienische Grenze einbezogen, um Italien eine strategische Grenze zu geben, die ausreichenden Schutz gewährt.

Englische Vorbereitungen.

„Wenn Deutschland ablehnt.“

London, 12. Mai. Das Neutische Bureau erzählt: Falls Deutschland die Friedensbedingungen nicht annehmen sollte, was für unwahrscheinlich gehalten wird, so sind militärische Vorbereitungen dafür getroffen, daß die alliierten Armeen genau so vorrücken, wie sie getan haben würden, wenn Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen nicht angenommen hätte.

Bonar Law zur deutschen Kriegsentzündung.

„Eine Abschlagszahlung.“

London, 12. Mai. Unterhaus. In Beantwortung von Fragen bezüglich Entschädigungen sagte Bonar Law, die Bezahlung von 5000 Millionen sei eine Abschlagszahlung und präjudiziere keineswegs die gesamten Forderungen der Alliierten, die von jeder alliierten Macht vorbereitet werden. Auf die Frage, welche Macht die Alliierten hätten, um die Bezahlung der Obligationen in den kommenden Jahren zu erzwingen, sagte Bonar Law, die Bürgschaften dafür seien in dem Ausmaß des Friedensvertrags erwähnt. Die Alliierten würden weitgehende wirtschaftliche Bürgschaften haben.

Landtagswahl in Steiermark.

Graz, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Bei den Landtagswahlen in dem nicht besetzten Teile der Steiermark wurden 24 Sozialdemokraten, 36 Christlichsoziale und 10 andere Bürgerliche gewählt. Dieser verhältnismäßig ungünstige Wahlausfall ist wahrscheinlich auf die zahlreichen Stimmhaltungen der Kommunisten zurückzuführen, die insbesondere in Graz größeren Anhang haben.

Kant über Gewaltfrieden.

Wir suchen dauernde, nicht vorübergehende Grundlagen für den Frieden der Welt und müssen sie aufrichtig und furchtlos suchen. Wilson in seiner Vorklage an den Kongress vom 4. Dezember 1917.

Der große Königsberger Philosoph, der ein ebenso großer Menschheits- und Freiheitsfreund gewesen ist, Immanuel Kant, hat in seinem Buchlein „Zum ewigen Frieden“, das in diesen Tagen wieder unser aller Trost- und Glaubensstütze ist, auch den uns drohenden Gewalt- und Unterdrückungsfrieden behandelt. Im ersten Abschnitt seiner Schrift stellt er die Präliminarartikel zum ewigen Frieden auf. Gleich der erste Artikel lautet:

„Es soll kein Friedensschluß für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffs zu einem künftigen Kriege gemacht wird.“

Dies eben ist unser Fall. Freilich nicht in dem Sinne, daß das deutsche Volk die hinterhältige Absicht hegte, die durch Vertrag oder Gewalt aufgedrängten Bedingungen bei passender Gelegenheit zu brechen und in einem neuen Kriege abzuschütteln. Mit diesem Vorbehalt ist der Frankfurter Friede 1871 von den Franzosen geschlossen worden, sind überhaupt die meisten Friedensverträge eingegangen worden. Sie waren im Grunde immer bloße Waffenstillstände, Aufschub der Feindseligkeiten, wie Kant ausführt. Aber dieser Friede sollte nach Wilsons idealen Plänen und den Verheißungen der angeblich für Demokratie und Völkerverständigung dienenden Entente in einem Dauerfrieden werden und das Zeitalter des Völkervertrages und Weltfriedens einleiten. In diesem Sinne haben die besten und feihesten Männer und Frauen in allen Ländern den Waffenstillstand und den kommenden Frieden bewillkommnet.

Jeder Verantwortliche wird heute in Deutschland eingesehen müssen, daß auch bei der ernstesten Entschlossenheit und dem absolut guten Willen, die ausgedehnten Friedensbedingungen innewohnen, niemand die Verpflichtung der Durchführung übernehmen kann. Man kann Unmögliches wohl versprechen und unterschreiben, aber nicht innehalten. Mit unentbehrlicher Notwendigkeit wird also dieser Friede, wenn er noch den Willensgeboten der Entente zustande kommt, dauernde Zerrüttung im Innern Deutschlands und eine ewige Verunsicherung und Gefährdung des Völkervertrages bedeuten.

Die erste Vorbedingung jedes künftigen ewigen Friedens ist also schon im Keime erfüllt. Wer den Krieg und Völkervertrag ewigen und Europa, und damit die Welt, zu einem Herde gewalttätiger Explosionen machen wollte, konnte diabolischerweise kein besseres Mittel dazu erfinden als diesen von allen Schutzgöttern der 14 Punkte verlassenen Friedensvorsatz. Die Ursachen zu künftigen Kriegen sind nicht, wie Kant es wollte, vernichtet, sondern

Der „Imperator“ abgeliefert.

Hamburg, 12. Mai. Die Mannschaft des Dampfers „Imperator“ hat diesen am 5. Mai an die Franzosen abgeliefert und ist am Montag mit der „Austria“ in West der Hamburg-Amerika-Linie nach Hamburg zurückgekehrt. Von West werden an jedem Tage zehntausend amerikanische Soldaten mit erlassenen deutschen Dampfern in die Heimat zurückbefördert.

Christliches, allzu Christliches.

In einem Protest gegen den Gewaltfrieden betonen Vertreter sozialer Katholikenvereine, daß sie den Krieg nicht gewollt hätten. Zwei hätten sie ihre väterländische Pflicht erfüllt und sich in ihrer erdrückenden Mehrheit von jeder nationalistischen Politik ferngehalten. Ein Appell an die deutsche — Vergangenheit! Daß Ihr, Geistliche — so fragen wir Euch heute — nicht Sonntag für Sonntag den Menschheitsgedanken von der Kanzel mit Füßen getreten? Daß Ihr nicht die Waffen gesegnet, die Ihr, gute Christen, hättet verfluchen müssen? Daß Ihr nicht den deutschen Sieg als Zeichen göttlicher Gerechtigkeit, die deutsche Niederlage als Zeichen göttlichen Zorns verkündet, in mittelalterlichen Zwangsgängen besungen? Aber wir danken Euch dafür. Wir werden sorgen, daß Eure Haltung im Volke unvergessen bleibt, und besser als jede Propaganda werden Eure hawinsinischen Kriegstoten die Kirchenaustrittsbewegung fördern.

Eine Täuschung!

Die Unabhängigen nicht für Unterzeichnung.

Am Tage nach der Veröffentlichung der Friedensbedingungen brachte die „Freiheit“ die große Ueberschrift: „Wir müssen unterschreiben.“ Jedermann mußte das so auffassen, daß die Unabhängigen nicht nur die Regierung zum Unterschreiben aufforderten, sondern sich auch selbst bereit erklärten, die Konsequenzen ihrer Anschauung zu tragen.

Jetzt zeigt sich, daß die Parole irreführend war. Man schrieb zwar „wir müssen unterschreiben“, aber der Abgeordnete Haase hat in seiner gestrigen Rede diese Worte so interpretiert, daß sie in Wirklichkeit heißen: „Ihr müßt unterschreiben.“ Haase erklärte:

In verschiedenen Zeitungen wird meiner Partei für den Fall einer Regierungsabreise zugemutet, den Krieg formell zum Abschluß zu bringen. Meine Fraktion lehnt diese Aufgabe ab. Sie erachtet es für die Verpflichtung derjenigen Parteien, die die Kriegspolitik unterstützt haben, auch den Abschluß des Krieges herbeizuführen.

In dem heutigen Beiratsartikel der „Freiheit“ wird dieser Standpunkt noch mit folgenden Worten unterstrichen:

Die unabhängige Sozialdemokratie müßte genau so kurzfristig sein, wie etwa die rechtssozialistische Partei, wenn sie jetzt um eines Scheiterns willen die Leitung der Regierungsgeschäfte übernehmen wollte.

Und dann lehnt die „Freiheit“ auseinander, daß diese Regierung nur von kurzer Dauer sein würde, weil sie nach der Unterzeichnung „von den inzwischen von einem nationalistischen Launel gehegten Volksmassen verjagt werden könnte“.

Das ist allerdings eine sehr bequeme Politik, wenn man sich hinstellt und erklärt: Unterschrieben muß werden, aber wir selber, wir werden uns hüten zu unterschreiben und uns damit den Unannehmlichkeiten und Gefahren dieses Schrittes auszusetzen. Dann läuft die Haltung der Unabhängigen schließlich auf genau dasselbe heraus wie die Politik der übrigen Parteien, nämlich auf Verweigerung der Unterschrift. Demas kommt nicht darauf an, was man andern zu tun rät, sondern was man selbst zu tun bereit ist. Andernfalls könnten sich auch die jetzigen Mehrheitsparteien genau so wie die Unabhängigen aus der Schlinge ziehen, indem sie erklären: „Die Alliierten, die am Ausbruch des Krieges mitschuldig sind, müssen unterschreiben, wir lehnen es ab.“ Niemand würde sagen können, daß in dieser Stellungnahme eine Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung läge.

Und deshalb können auch die Unabhängigen nicht für sich in Anspruch nehmen, daß sie für die Unterzeichnung des Friedens sind, solange diese Aufgabe nur andern zugeschoben, selber aber die Verantwortung eines solchen Schrittes scheuen.

Der Fall Döbbeke.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Kaiserhotel, Friedrichstraße. Berlin, den 10. Mai 1918.

An die Redaktion des „Vorwärts“, hier. In Ihrer Morgenausgabe vom 10. Mai 1918 Nr. 237 erheben Sie unter dem Titel: „Keine Wahrnehmung; der Fall Döbbeke“, aus neue schwerwiegende Anschuldigungen gegen mich, die teils ganz wahrheitswidrig, teils wahrheitsentstellend sind. Ich habe weder kleine noch große „Schwibungen“ in Lebensmitteln oder anderen Waren gemocht. Ein Strafverfahren wegen Kettenhandels ist gegen mich nicht eingeleitet gewesen. Ich habe keinem „Vorgelegten“ Homologualitätsvorgehen, sondern lediglich eine über einen Regierungsrat allgemein verbreitete Verdächtigung im Wahlkampf, in dem ich von dem Betreffenden in der verlegendsten Weise persönlich angegriffen worden war, wieder gegeben. Der Beizahl des Volksgaustausches 20. Armeekorps, durch den ich unbedeutender Weise ausgeschlossen wurde, ist von der nachfolgenden Delegationenkonferenz aber Soldatenliste des 20. A. K. wieder aufgehoben worden. Im übrigen stelle ich nochmals fest, daß die ganze sozialdemokratische Öffentlichkeit bei der Abrechnung in Allenstein, vor deren Augen sich mein Fall abspielte, damals und auch heute für mich Partei ergriffen hat. Ein „ordentliches“ Verfahren wird mit von der Justizbehörde verweigert.

Ich bitte, vorstehende Verichtigung in die nächste Nummer Ihres Blattes aufnehmen zu lassen. Konrad Döbbeke. Wir geben dieser Erwiderung des Angegriffenen Raum, müssen aber betonen, daß nach unserer Kenntnis der Dinge der Fall nicht so harmlos liegt. Jedenfalls hielten wir es für richtig, wenn Herr Döbbeke in einem ordentlichen Verfahren Gelegenheit geboten würde, sich gegen die Anschuldigungen zu verteidigen.

WTS wird poetisch. Die Tatsache, daß sich sämtliche Einzelregierungen an dem Protest der Nationalversammlung gegen den Gewaltfrieden beteiligten, wird von WTS in folgender Form mitgeteilt: „Wie früher in wichtigen Augenblicken der deutschen Geschichte sich die deutschen Fürsten um den Kaiser scharten, haben sich in dieser schweren Entscheidung der jungen deutschen Republik um.“ WTS soll berichten, und zwar so zuverläßig wie möglich, aber nicht dichten. Elegien auf entzündungsbereite Fürstherlichkeit nehmen wir gern in Goldschmittbach entgegen. bitten aber, mit ihnen den Fernschreiber nicht zu belasten.

Die armen Landräte! Eine diesige rechtsstehende Korrespondenz regt sich sehr darüber auf, daß die Herren Landräte in ihrer „Arbeitsfreudigkeit“ hart herabgedrückt würden. Sozialdemokratische Parteibureaus bekämen es fertig, gegen diese Niedermänner Material zu sammeln, um es dann der Regierung zuzustellen — Das ist allerdings ganz unerhört! Wie kann sich jemand unterstellen, einen königlich preussischen Landrat übermühen und kontrollieren zu wollen. Die Herren werden sich aber noch an vieles gewöhnen müssen.

Ostmarkenverein. „Erfag“. Uns wird geschrieben: Seit einigen Monaten spielt sich der Reichsverband Ostmark. Bund aller Vereine zugunsten des Deutschtums in den Ostprovinzen, in Berlin als Beschützer des Ostens auf. Es erscheint durchaus notwendig, einmal nachzuprüfen, wer hinter diesem Verbande steht. Wer sich dieser Mühe unterzieht, wird schnell finden, daß es der Vorstand des Deutschen Ostmarken-Vereins ist, der diesen Reichsverband Ostmark nicht nur „mit Rat zur Seite steht“, sondern auch geldlich unterstützt. Ferner ist der Bund der Landwirte eng befreundet. Diese beiden Verbände haben der Förderung des Deutschtums im Osten bisher sehr wenig gedient und der großpolnischen Propaganda dauernd Wasser auf die Mühlen geliefert. Damit aber nicht genug, hat sich jetzt der Reichsverband zu tätigen Wühlereien für seine bevorstehende Massenfundgebung gegen den Gewaltfrieden einen der größten antisemitischen Helfer verschrieben. Gibt es kein Mittel, um diesem antisemitischen Treiben unter nationalistischen Vorwänden ein Ende zu bereiten?

durcheinand zu erwarren ist, eine weitere Vervollkommnung dieser neuen Erfindung herbeigeführt werden können, so wäre das für unser sehr darniederliegendes Verkehrsweien von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

An die Laterne.

Unter dem Titel „An die Laterne“ veröffentlicht Emil Ludwig ein Buch „Wilder aus der Revolution“ in Peltz Schumanns Verlag, Charlottenburg.

Der etwas berallerte, blutdürstige atemde Titel des Buchs leidet nicht ganz das Bestreben des Verfassers, in einer Reihe von Stimmungsbildern seine Eindrücke von der Umwälzung im November 1918 zu spiegeln. Es wird niemand an die Laterne geknüpft, kaum jemand totgeschossen. Emil Ludwig, der vorher Dramen, psychologische Studien, Romane schrieb, auch die Sporen des Kriegsberichterstatters anschaltete, begibt sich pünktlich am 1. November zum Jahresaufbruch auf die Reise nach Wien, erzählt von der Herbeiführung der österreichisch-ungarischen Soldaten, findet die Wiener Revolution gemühter als die Berliner, die ihm fast zu trocken erscheint und nach seiner Ansicht ein unverändert archaisches Land und königliche Brechen ohne König hinterläßt. Er vermischt in Norddeutschland das Empfinden und den Begriff der Freiheit, entdeckt zu wenig von großer Form der Embrörung, zuviel von Lohnstreik und Debatte. Unter 50 Millionen wählender Deutschen zählt er 40 Millionen, die brav und still sind, neun verrotten einige Bewegung, nur eine hat Revolution im Leibe. Die Kiezler Ereignisse werden geschildert, Koffe und Anhänger des alten Systems treten auf, erhalten biographische Maßstäbe. Bremen, Döbbeke, Weidenburg ziehen in dem flüchtigen feilbetonistischen Panorama vorbei. Richard Dehmelt, „schöne Gestalt“ reibt über das zu erstrebende dritte Reich, den Bruderbund aller Völker, melodramatisch stehende Ausflänge überlassen es dem Leser selbst, irgendwelche Forderungen oder Zukunftslinien aufzuspüren. So wie mit letztem Winkel zu stehen, lag wohl auch gar nicht in der Absicht bei der Beschäftigung dieser Momentphotographien, deren Betrachtung sicherlich Anregung und Erholung geben kann zwischen der großen Wucht schwarzer und erschöpfender Letztur, die unsere Zeit schreibt. H. G.

Notizen.

— Kunstkronik. Walter Grepius, der zum Direktor der Weimarer Kunstakademie ernannt worden ist, hat Daniel Heinitzer, den in Deutschland führenden Vertreter des Kubismus, an die Akademie berufen. Heinitzers Werk wird eben jetzt im Großhildischen Kabinett von A. V. Neumann ausgestellt. — In dem Deutschen Opernhaus wird wegen Erkrankung des Fräulein Gertrude Gottlieb statt der „Hänelmühle“ „Marie“ in Szene. — Porträte. In der Uronia, Taubenstraße, spricht abends 8 Uhr im Hörsaal am Mittwoch Prof. Dr. Dorath „Licht und Farbe“, Donnerstag Dr. W. Bernbi „Staat und Sozialismus in der Natur“, Freitag Oberlektor Risse „Ton und Klang“.

direkt ausgerichtet. Es würde künftig keiner Jesuitenkasulä und keines bösen Willens bedürfen, um diesen Flends- und Schmachfrieden als unerträglich hinzustellen. Ueber allen menschlichen Willen hinweg würde die Logik der Tatsachen sich durchsetzen. Ein zum Aufheben getriebenes Volk würde sein und seiner Nachbarn Haus in Brand stecken und einen Weltbrand von infernalischem Umfange heraufbeschwören.

So wird der von Kant erhoffte „ewige Friede“, das erstemal, da ihn wirklich die ihrer Aufgaben bewusste Menschheit will, vorzeitig vernichtet. Das Tor, das unsere und aller wahren Friedensfreunde Hoffnung so weit geöffnet hatte, wird wieder knochen zugeschlagen. Herrschen und ohne leuchtendes Ziel steht die unglückselige Menschheit da: schon die erste Voraussetzung jedes wahren Friedens bleibt unerfüllt und der Rassenidiotismus, der sich durch Unterdrückung und Ausbeutung fremder Völker nährt, herrscht weiter.

Die Propeller-Eisenbahn.

In Versailles arbeitet man an der Vernichtung des deutschen Volkes. Die Entente teilt uns Bedingungen von beispielloser Härte vor, die das deutsche Wirtschaftsleben erdrücken, Kraft und Geist unseres Volkes dauernd lähmen sollen. Das ganze Volk häumt sich hiegegen auf und zu derselben Zeit, in der man mit nicht zu überbietender Grausamkeit der deutschen Kultur den Todesstoß versetzen will, regt sich auch neue deutsche Schaffenskraft und deutscher Erfindergeist, um der Kulturverwilderung neue Bahnen zu weisen.

Es ist lebensfähig eine alte Ansicht, daß man, wenigstens im neuen Deutschland, jene Kräfte, die bisher vorzugsweise dem Militarismus dienten, nunmehr für wirkliche Kulturaufgaben nutzbar machen will. Wie das aussehen kann, zeigt unter anderem die Eisenbahnen und Pläne die Verwindung von Flugmotoren im Eisenbahnverkehr. Der erste Eisenbahnwagen, ausgerüstet mit zwei solcher Flugmotoren und mit mächtigen Propellern versehen, wurde am 11. Mai in Berlin zu einer größeren Probefahrt angeht. Es handelte sich um einen Versuch, von dem man sagen kann, daß es gelungen ist und eine ähnliche Weiterentwicklung erwarten läßt.

Unter Leitung des Erfinders Dr. Steinig sollte sich der Propellerwagen mit den geladenen Gästen (Meisterungsvertretern, Mitgliefern der Nationalversammlung, Eisenbahnsachverständigen usw.) vom Bahnhof Grunewald in Bewegung und durch die in der üblichen Personenausgangsbahn die Strecke bis Berlin. Das Anottern der Motoren und das Surren der Propeller lenkte die Aufmerksamkeit der zahlreichen Passanten auf das ungewöhnliche Fahrzeug, und auf den verschiedenen Stationen gab es zahlreiche erkannte Gesichter.

Tobt die unter dem bisherigen Verkehrsstern als und grau gewordenen Eisenbahnbeauftragten der neuen Erfindung wenig Sympathie entgegenbringen, ist menschlich bereiflich, in dem letzten Stadium der Erfindung die Welt nicht ganz unbedeutend. In der Tat läßt sich auch über die weitere Entwicklung der Propeller-Eisenbahn noch kein klares Bild gewinnen. Sollte aber, was

Mordprozess Liebnecht-Luxemburg.

In der heute vormittag fortgesetzten Vernehmung wurde zuerst der Zeuge Kollers vernommen. Er war zur Zeit der Tat Chauffeur bei der Garde-Kavallerie-Schützen-Division und soll den Auftrag erhalten haben, Liebnecht und Rosa Luxemburg zu überfahren. Der Zeuge versichert, er wisse nichts von einem solchen Auftrage und könne auch nichts zum Fall Liebnecht-Luxemburg sagen. — Zeuge Bahnenjunker v. Braunmühl wird befragt, ob er etwas wisse von einer Verabredung der Offiziere gegen Liebnecht. — Der Zeuge gibt an, er wisse von alledem nichts. — Zeuge Wold'a war, wie er angibt, als Kriminalbeamter im Eden-Hotel angestellt. Er soll angeblich wissen, daß die Leiche Rosa Luxemburgs mit Steinen beschwert und mit Stachelndraht umwickelt ins Wasser geworfen worden sei. Der Zeuge sagt, er wisse gar nichts davon, er sei gestrichelt und in einer Irrenanstalt behandelt worden.

Zeuge Wegmann

hat als Mitangeklagter des Vollzugsrats dem Vorverfahren beigewohnt. Durch seine Vernehmung sollargeten werden, ob die Untersuchung gegen die Angeklagten einwandfrei geführt worden ist. Er sagt, ein Herr Wolf habe zu ihm gesagt, er sei mit dem Chauffeur Janschlow zusammengekommen, der etwas über den Fall Liebnecht-Luxemburg wissen wolle, aber seine Aussage davon abhängig machte, daß er eine Entschuldigung bekomme. — Ueber das Untersuchungsverfahren, soweit der Zeuge daran beteiligt war, kommt es zu einigen Erörterungen zwischen dem Anklagevertreter und dem Zeugen, die im wesentlichen darauf hinauslaufen, ob eine Verdunkelungsgefahr vorlag und die Angeklagten trotzdem nicht verhaftet wurden und ob es, wie in einer von den Zeugen und den anderen Beisitzern unterzeichneten Veröffentlichung behauptet wurde, der Tätigkeit der Beisitzer zuzuschreiben sei, daß die Untersuchung überhaupt ein Ergebnis hatte. Der Zeuge Wegmann hat nach der Vernehmung des ersten Angeklagten die Verhaftung aller Angeklagten verlangt, weil sie alle im Eden-Hotel zusammenwohnten und deshalb die Gefahr der Verdunkelung vorlag.

Anklagevertreter und Vorsitzender weisen darauf hin, daß zu jener Zeit noch kein gesicherter Grund zur Verhaftung der Angeklagten vorlag, daß sie aber, als die gefahrliche Handhabung vorhanden war, in Haft genommen worden seien. Die Haft dürfe nach dem Gesetz erst dann verhängt werden, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Gefahr der Verdunkelung begründen. — Zeuge Wegmann gibt als Grund seines Mißtrauens gegen das Untersuchungsverfahren an, daß die Vernehmung des Hauptmanns Keller wegen angeblicher Krankheit desselben mehrere Tage hinausgeschoben und dann am Tage der Verurteilung Liebnechts vernommen worden sei, wo der Zeuge und die anderen Beisitzer der Vernehmung nicht beiwohnen konnten. Da Hauptmann Keller an diesem Tage die Abfertigungsmassnahmen leitete, habe der Zeuge angenommen, die Krankheit sei nur vorgespiegelt worden.

Der Anklagevertreter bemerkt, daß er die Beisitzer von der bevorstehenden Vernehmung des Hauptmanns Keller benachrichtigt und es ihm ferngelogen habe, diesen in ihrer Abwesenheit zu vernommen. — Auf eine Frage des Anklagevertreters R. G. M. Joerns antwortet der Zeuge Wegmann, gegen die Person des Kriegserichters Joerns habe er keine Bedenken, nur die Befragung des Zeugen Dräger im Untersuchungsverfahren sei ihm bedenklich erschienen. Das Mißtrauen wegen des Untersuchungsverfahrens richte sich nicht gegen die Person des R. G. M. Joerns, sondern es gründe sich auf das allgemeine Mißtrauen, welches in weiten Kreisen gegen die Militärgerichte bestehe. — Der Anklagevertreter bemerkt zu den Zeugenangaben über die Vernehmung Drägers, dieser habe in Gegenwart der Beisitzer sich nicht ge-

traut, eine Aussage zu machen. Erst als die Beisitzer das Zimmer verlassen hätten, sei es ihm, dem Anklagevertreter, gelungen, den Dräger zu einer Aussage zu bewegen. Die

Zeugen Ruch vom Vollzugsrat und Strume

vom Zentralrat, die ebenfalls als Beisitzer am Untersuchungsverfahren teilgenommen, stimmen in den tatsächlichen Angaben über das Untersuchungsverfahren mit dem Zeugen Wegmann überein, und antworten auf Befragen des Vorsitzenden, daß sie außer dem in diesem Prozeß vorgebrachten Beweismaterial kein weiteres Material vorbringen können.

Ges. Medizinalrat Dr. Straßmann wird auf Antrag des Verteidigers über den Geisteszustand des Angeklagten Ruche befragt. Er kann, gleich den bereits vernommenen Sachverständigen, nicht annehmen, daß sich Ruche bei Ausführung der Tat in einem die strafrechtliche Verantwortung ausschließenden Dämmerzustand befunden habe.

Krafftfahrer Jan Schow, der das von Wegmann erwähnte Gespräch mit Wolf gehabt hat, wird vernommen und gibt an, ein Unbekannter habe ihn aufgefordert, sich wegen einer Aussage mit den Angeklagten in Verbindung zu setzen. Am folgenden Tage sei er telefonisch nach dem „Küstenhof“ bestellt. Dort hätten ihn zwei Herren erwartet, welche ihm eine Belohnung von 100.000 M. in Aussicht stellten, wenn er über die Festung von Rosa Luxemburg die Wahrheit sage. Dabei sei er gefragt worden: „Richtig wahr, Oberleutnant Vogel hat sie doch erschossen?“ — Der Zeuge habe darauf geantwortet, er werde vor Gericht die Wahrheit sagen. Damit sei das Gespräch abgeschlossen worden.

Zeuge Leutnant Jansen stand vor dem Richter. Auf den Anruf des Zeugen habe der Wagen gehalten, ehe er herankam sei ein dunkler Gegenstand aus dem Wagen geschleppert worden, der Chauffeur habe zu ihm gesagt, er solle sich nicht beeindrucken, es sei die Leiche von Rosa Luxemburg. Er habe dann auch etwas im Wasser schwimmen sehen und mit Leutnant Köpfe zusammen dem Angeklagten, Hauptmann Keller Mitteilung von dem Vorgang gemacht. — Der Vorsitzende stellt fest, daß der Angeklagte Keller über diesen ihm bekannten Vorgang bei seiner Vernehmung bewußt unwahre Angaben gemacht hat. — Angekl. Keller gibt das an und erklärt sein Verhalten durch, daß er nicht in ein Gerichtsverfahren verwickelt werden wollte.

Zeuge Leutnant Köpfe: Als das Auto an der Lichtensteinbrücke hielt, wurde ein dunkler Gegenstand herausgetragen, den ich für ein Pistolengehäuse hielt. Ich fürchtete einen Sprengstoffanfall, richtete ein Maschinengewehr auf die Leute und rief: „Dort oder wir schießen.“ Da wurde mir zugerufen: „Nicht schießen, wir bringen die Leiche von Rosa Luxemburg.“ Darauf sah ich, wie die Leiche ins Wasser geworfen wurde und hörte sie aufschlagen. Dem Hauptmann Keller erwiderte ich die dienstliche Meldung: „Die Leiche von Rosa Luxemburg ist eben ins Wasser geworfen, man kann sie noch schwimmen sehen.“

Der Anklagevertreter hält dem Angeklagten Keller vor, daß er bei seiner Vernehmung gesagt habe, er wisse nichts von dem Vorgang mit der Leiche der Frau Luxemburg, er habe davon erst am folgenden Tage auf der Wache gehört.

Zeuge Stadtm. Wild (Charlottenburg) ist vor 2 bis 3 Wochen mit dem Zeugen Wold'a in Verbindung gekommen, der ihm mitteilte, die Leiche Rosa Luxemburgs sei mit Steinen beschwert und mit Stachelndraht umwickelt ins Wasser geworfen worden. Wold'a hat dem Zeugen auch die Stelle gezeigt, wo die Leiche ins Wasser geworfen worden sein solle.

Die Beweisaufnahme ist beendet. In der Nachmittagsstunde werden die Kläuber gehalten.

Bestimmung erhielt er den niederschmetternden Befehl, daß man den Sohn tatsächlich erschossen hatte, aber es fehlte jede Angabe darüber, wo die Leiche geblieben war. Nach weiteren zwei Wochen wurde dann im Mai unter den vielen in das Berliner Reichenschaubaus eingelieferten Leichen, die inzwischen aus dem Wasser aufgetaucht waren, auch die des jungen Ruche erkannt. Was ist bisher geschehen, diese dunkle Erziehungssache aufzuklären?

Gegen die eigene Regie.

Der Verbandsausführer Groß-Berlin hat sich auch, wie wir bereits berichteten, in seiner gestrigen Sitzung mit den zur Erneuerung der Arbeitslosigkeit durchgeführten Reichsarbeiten in den Dauerwärdern des Verbandes beschäftigt. Nach längerer Erörterung wurde, wie wir erfahren, vereinbart, daß gewisse Reichsarbeiten allmählich in Unternehmerrarbeiten übergeführt und die durch die ganz geringen Arbeitsleistungen außerordentlich unwirtschaftlichen Regiearbeiten des Verbandes nach und nach abgebaut werden sollen.

Der Protest der Telephonistinnen.

Der Verein der Post- und Telegraphenbeamtinnen wird und gekündigt.

Ueber die Mißstände im Fernsprechwesen hatte das Gouvernements-Berlin vor kurzem eine Besondere in die Presse gebracht, in der den Angelegten mangelnde Rücksichtnahme und Arbeitsunlust vorgeworfen und dagegen energisches Vorgehen der Ober-Postdirektion Berlin verlangt wird. Die weiblichen Beamtinnen der Groß-Berliner Fernsprechanstalten haben sich über die Notiz des Gouvernements Hofe verstimmt und legen gegen den unfaßlichen Antritt sowohl als auch gegen die Art und Weise der Besondere schärfste Verwahrung ein. Daß zurzeit schwere Mißstände im Fernsprechwesen bestehen, soll nicht bestritten werden. Der neue Posthaushaltsplan für 1919 sieht nicht weniger als 65 Millionen Mark für Instandsetzungsarbeiten an Fernsprechanlagen vor, die durch die Kriegsverhältnisse so in Mitleidenschaft gezogen sind, daß mit dem Wiederaufbau mit Beschleunigung vorgegangen werden muß. Die rortomenden Instandsetzungen, vorseitigen Trennungen und das lange Warten des Teilnehmers am Apparat sind auf die durch die Kriegsausstände bedingten Mängel des Systems und die gleichfalls damit zusammenhängende Überlastung des Personals zurückzuführen. Die Teilnehmer können das selbst leicht daran prüfen, daß sie auf einzelnen Nummern häufig die Entgegung hören werden, daß sämtliche Leitungen nach dem verlangten anderen Amt besetzt seien.

Das Personal in seiner Gesamtheit hat in den verflochtenen Kriegsjahren und der gegenwärtig schwereren Zeit, die eine nie gekannte Verengung des Fernsprechers zeigt, in bestmöglicher Weise unter den schwierigsten Umständen und unter Aufsicht aller Kräfte seine Pflicht getan und dafür in mehrfachen Verhältnissen vom scheidenden Staatssekretär Müllern und dem Ober-Postdirektor Gehrmann Vorbedanken dank und volle Anerkennung erbeten. Die Fernsprechtöchterinnen bezahen ihre Pflicht mit ihrer Gesundheit. Medizinische Statistiken der Reichspostverwaltung stellen fest, daß unter 1000 staatlich angestellten Post- und Telegraphenbeamtinnen im Jahre durchschnittlich 1100 erkrankten, während die gleiche Krankenziffer bei den Kontoristinnen u. A. noch nicht 250 beträgt. Solche von höherer Unkenntnis der Verhältnisse zeugende Prognosen sind nicht gelehrt, den Verkehr durch den Fernsprecher zu erleichtern, da sie das Publikum gegen die schwer belasteten Beamtinnen aufreizen. Wenn es üblich wird, daß eine Besondere einen ganzen Stand in so schwerer Weise belästigt, wenn sie Grund zur Besondere über einzelne Anstalten des Verkehrs zu haben glaubt, so wird daraus bald ein Kampf aller gegen alle entstehen. Das Gouvernements Hofe ist seiner Pflicht als oberste ausführende Instanz des Reichs nicht bewußt gewesen, als es diese Notiz in die Presse setzte und hat den namentlich von den militärischen Stellen besonders scharf betonten dienstlichen Besondere bößlich außer acht gelassen.

Das Volk gegen den Gewaltfrieden.

Die Reichsregierung hat bereits darauf hingewiesen, daß bei ihr eine Anzahl von Telegrammen und Schreiben aus ganz Deutschland fortgesetzt einläuft, in denen alle Bevölkerungskreise gegen den Gewaltfrieden protestieren. Auch aus dem neutralen Ausland kommen Proteste der dort lebenden Deutschen. Sämtliche Kundgebungen sind ein beklüftiges Zeichen dafür, wie tief das gesamte Volk durch diesen geplanten letzten tödlichen Schlag getroffen werden wird, und daß es deshalb alles daran setzen wird, diesen Frieden, der dem deutschen Volke vollends den Garaus machen würde, abzuwenden.

Die Hauptfrage aller richtet sich auf unsere schwer bedrohte Ostmark.

Am ergreifendsten sind die Kundgebungen, die aus der Ostmark selbst kommen.

Aus Ostpreußen, das durch die geplante Grenzgestaltung des Friedensvertrages vom Reich abgetrennt werden soll, sind des weiteren Hunderte von Entschuldigungen aus fast allen Orten eingelaufen, in denen Hunderttausende gegen den Gewaltfrieden protestieren. Die Telegramme, die aus jenen Gebieten kommen, für die eine Selbstbestimmung vorzuziehen ist, sind ein Zeichen dafür, wie diese Bestimmungen erschaffen würde.

Auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands erhebt einen Aufruf, der den Gewaltfrieden als unmöglich darstellt und gegen die Sklaverei im Dienst ausländischer Kapitalisten protestiert.

Auch der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien hat einen entschiedenen Protest an die Reichsregierung ergehen, in welchem neben der Beibehaltung der alten Grenze gefordert wird, daß der Weiterbau der Armee Halle bis zur Klärung der Friedensfrage sofort stillgesetzt wird, da gerade Schlesien durch eine Verhärtung der polnischen Streitmacht aufs schwerste gefährdet wird.

Gegen die Viehablieferung.

Der stellvertretende Präsident des Deutschen Landwirtschaftsbundes, Dr. Freiherr von Cecco-Reichertshausen, hat an den Herrn Reichsminister des Auswärtigen, Grafen von Brockdorff-Rongon, eine Depesche abgefaßt, in der er sich gegen den Schwabenden Frieden wendet. Es heißt da u. a.: „Der Fortschritt der Viehablieferung wird die Landwirtschaft den härtesten Widerstand entgegenzusetzen, weil sie dadurch zum Stillstand verurteilt und das deutsche Volk dem Hungertode preisgegeben würde.“

Preussische Landesversammlung.

Dienstag, den 18. Mai, mittags 1 Uhr.

Am Mittwoch: Das ganze preussische Ministerium unter Führung des Ministerpräsidenten Sirch.

Auf der Tagesordnung steht die Vernehmung der Erklärung des Ministerpräsidenten vom 8. Mai.

Als erster erhebt das Wort der Abg. Graf-Frankfurt a. M. (Soa.). Er gibt der Heftigen Entschlossenheit darüber Ausdruck, daß die Friedensbedingungen so wenig den von Wilson während des Krieges und bei Begegnung des Waffenstillstandes aufgestellten Grundsätzen entsprechen.

Die Preussische Landesversammlung wird sich, falls die heutige Tagesordnung in einer Sitzung erledigt wird, angeseht der allgemeinen politischen Lage auf etwa 14 Tage vertagen. Auch Ausschüsse finden während dieser Pause nicht statt.

Industrie und Handel.

Die Börse.

An der Börse machte sich zu Beginn eine leichte Erregung bemerkbar, die jedoch bald wieder verloren ging. Veranlassung hierzu gab der Rückgang der Kriegsanleihen auf etwa 70 Proz. Auch sollen vereinzelt Zwangsverkäufe vorgenommen worden sein. Döher hatten Schiffahrtaktien einsteigt, die aber schließlich unter getrigem Schlusskurs notierten. Auch einzelne Montan- und Nahrungspapier waren gebessert. Start angeboten waren Kanada, auch Kolonialwerte lagen schließlich schwach. Nimmlich gute Meinung bestand für österreichische Werte, im Zusammenhang mit der Besserung der österreichischen Valuta. Das Geschäft war sehr still; die Börse schloß matt.

Friedensvertrag und Valuta.

Die Bewertung des deutschen Geldes im Ausland ist bekanntlich der Gradmesser für das Vertrauen, das das Ausland der deutschen Wirtschaftskraft entgegenbringt. So ist es jetzt bezeichnend, daß der Markkurs allerwärts wieder im Sinken ist, nachdem er sich vorher in der Zeit vom 28. April bis zum 7. Mai d. J. gang erheblich erholt hatte. Eine kurze Tabelle, in der die von der Reichsbank festgesetzten Devisenkurse angeführt sind, mag das belegen. Es kosteten in Berlin:

	am 26. April	7. Mai	12. Mai
100 M.	545,-	437,-	437,-
100 Schweizer Fr.	276,75	222,-	247,-
100 Schweizer Fr.	330,75	298,-	321,-

Das Steigen der Devisen in Deutschland entspricht dem Sinken des Markkurses im Ausland. Es geht daraus unabweislich hervor, daß, was auch in neutralen Pressestimmen wiederholt zum Ausdruck kam — das Vertrauen in Deutschlands Wirtschaftskraft wieder auf's Neue ins Wanken kommt, ganz gleichgültig, ob wir den Frieden annehmen oder ablehnen, da die Erdrosselungsmaßnahmen der Entente ein Wiedererstarren des deutschen Wirtschaftslebens zur Unmöglichkeit machen. Welche Folgen die Entwertung der Mark auf die Verteuerung ausländischer Rohstoffe und Rohstoffe haben muß, liegt auf der Hand. Selbst eine amerikanische Valuta-Anleihe, von der in letzter Zeit ja wiederholt gesprochen worden ist, könnte diesen Prozeß auf die Dauer nicht aufhalten, wenn die Entente und seinen Frieden gewährt, der uns erträgliche Lebensbedingungen gibt.

Groß-Berlin

Auch eine standrechtliche Erschießung.

soll das Verfahren sein, nach welchem im März der knapp 19jährige Ramin Kesse, früherer Mitglied der Republikanischen Soldatenwehr in Neuföllin, vom Leben zum Tode befördert wurde. Nach seinem Ausscheiden aus der R. S. W. wurde, weil er das Bewehr noch nicht abgeliefert hatte, eine Hausdurchsuchung in der Wohnung seiner Eltern vorgenommen, und dort fand sich in seinem Bett die Waffe. Nur aus diesem Grunde sei er, berichtet seine Mutter, sofort in Haft genommen worden, und aus ihr habe er noch etwa acht Tagen an die Eltern geschrieben, daß er erschossen werden solle. Der Vater setzte alles in Bewegung, den Sohn zu retten, konnte aber über seinen Verbleib und über sein Schicksal nichts Bestimmtes ermitteln. Erst sechs Wochen nach jener Ver-

Bei der Eintreibung von Kirchensteuern kommen immer noch tolle Dinge vor. Sollte es der Berliner Stadtkommission gar nicht möglich sein, in den Lizen der Kirchensteuerpflichtigen die notwendige Ordnung zu schaffen? Seit vielen Jahren ist darüber geklagt worden, daß immer wieder Anforderungen zur Zahlung von Kirchensteuern noch an Personen gerichtet wurden, die längst aus der Kirche ausgeschieden waren. Daß trotz aller öffentlichen Mienen durch die Presse noch keine wirklichen Vorkehrungen gegen die Wiederholung solcher Mißgriffe getroffen hat, ist doch geradezu ein Skandal. Ein Leser meldet uns, daß er noch jetzt mit einer Aufforderung zur Zahlung von Kirchensteuern für sich und seine Frau belästigt wird, obwohl er schon im Jahre 1897 seinen Austritt aus der Kirche erklärt hat und seine Frau im Jahre 1910 gestorben ist. Für den Fall, daß er nicht binnen acht Tagen zahlt, werden ihm Anwaltskosten angedroht. Die Stadtkommission hat einmal einen Mann, der ihr auf eine unredliche Kirchensteuerforderung mit einem derben Brief geantwortet hatte, wegen angeblicher Verleumdung vor Gericht geschleppt. Ist es aber ein Wunder, wenn bei solcher Dummelei den Betroffenen der Grimm paßt, und er eine nicht dem Kommissionsbuch entsprechende Antwort gibt? Unfindliche wollen wir übrigens ausdrücklich darauf hin, daß die Berliner Stadtkommission nicht, wie oft irrtümlich angenommen wird, ein Teil der Berliner Stadtkommission ist. Sie hat mit der Stadtkommission nichts zu tun und ist lediglich eine kirchliche Körperschaft für das Stadtgebiet Berlin.

Drei Todesopfer in einer Familie. Die Antikfraw Franz vermählte sei den Unten ihren Ehemann und zwei erwachsene Söhne. Vor vier Wochen wurde nun der eine Sohn aus der Erde gefolgt, acht Tage später der Mann. Gestern endlich ford man auch den zweiten Sohn, den 22 Jahre alten Arbeiter Karl Franz an der Wolfenbrücke als Leiche in der Spree wieder. Er hat ebenfalls einen Schuß erhalten.

Eine Liebestragödie hat sich gestern in dem Hause Webersburger Straße 70 abgepielt. Hier wohnte der 24 Jahre alte Schneider Max Knuth, der von seiner Frau getrennt lebte. Gestern abend um 8 Uhr fand ihn seine Frau in seiner mit Gas angefüllten Schlafkammer tot im Bett liegen. Neben ihm lag die Leiche eines Mädchens, dessen Verbleib noch nicht festgestellt ist. Es liegt ohne Zweifel ein Doppelselbstmord vor.

Ein Postunfall, dem zwei Personen zum Opfer fielen, ereignete sich am Sonntag mittag auf der Spree in der Nähe der Preklustwerke. Der Gerichtsbeamte Trautmann aus Berlin machte mit seiner Frau und seinem Schwiegervater eine Bootspartie. In der Nähe der Preklustwerke kenterte das überladene Boot und die Insassen fielen ins Wasser. Drei Arbeiter der Preklustwerke schwammen sofort nach der Unfallstelle und es gelang ihnen, die beiden Herren, die sich an dem Boot festklammert hatten, zu bergen. Frau Trautmann war bereits untergegangen. Bei den beiden bewußtlosen Bootsfahrern wurden Wiederbelebungsbemühungen angestellt, die jedoch nur bei dem Gerichtsbeamten von Erfolg waren. Sein Schwiegervater, Herr Doll, war wohl infolge eines Herzleidens verstorben. Die Leiche der Frau Trautmann ist bisher noch nicht geborgen worden.

Vorbildungsreise für Lehrer und Lehrerinnen. Die Staatliche Handhülle für den naturwissenschaftlichen Unterricht veranstaltet auch in diesem Sommer Abfahrten zur Vorbildung der Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlins. Am einseitig sind Abfahrten durch das Museum für Naturkunde (Vollerei Stohler), ferner Unternehmungen über die Einrichtung mineralogischer Sammlungen für den Unterricht (Geheimrat Professor Dr. Pfeil), Übungen in der allgemeinen chemischen Vorkurs der Tiere (Studierkollektur) und Übungen mit Mineralien und Starkelektrolytischen (Dr. Volkmann und Dr. E. Fischer). Meldungen sind an die Hauptstelle, Berlin W 85, Potsdamer Straße 120, zu richten.

